

NIKOLAUS BERLAKOVICH
Bundesminister



lebensministerium.at

An die
Frau Präsidentin
des Nationalrates
Mag.^a Barbara Prammer
Parlament
1017 Wien

XXIV. GP.-NR
9395/AB

19. Dez. 2011

zu 9506/J

ZI. LE.4.2.4/0153 -I 3/2011

Wien, am 16. DEZ. 2011

Gegenstand: Schriftl. parl. Anfr. d. Abg. z. NR Rupert Doppler, Kolleginnen und Kollegen vom 19. Oktober 2011, Nr. 9506/J, betreffend öffentliche Aufwendungen für Integration

Auf die schriftliche parlamentarische Anfrage der Abgeordneten Rupert Doppler, Kolleginnen und Kollegen vom 19. Oktober 2011, Nr. 9506/J, teile ich Folgendes mit:

Zu den Fragen 1 und 2:

Das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft setzt Akzente im Bereich des Handlungsfeldes Arbeit und Beruf. Das Ministerium forciert in besonderem Maße die Anstellung von Lehrlingen und VerwaltungspraktikantInnen mit Migrationshintergrund und ist bemüht, bei der Personalaufnahme an Positionen, wo nicht die österreichische oder die EU-Staatsbürgerschaft gesetzlich vorgeschrieben ist – vor allem im Bereich der Kollektivvertragsarbeiter oder Lehrlinge – Schritte im Sinne der Integration zu setzen.

Gerade im Bereich der Lehrlinge sollen damit Akzente für eine erfolgreiche Ausbildung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund und darauf aufbauend für eine Möglichkeit, im Berufsleben Fuß zu fassen, gesetzt werden.

Im dem BMLFUW nachgeordneten Schulbereich wurden in den vergangenen Jahren zahlreiche Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Thema Integration gesetzt. Die angeführten Projekte finden im Rahmen des Schulbetriebes statt und können – ebenso wie die Projekte im Förderbereich – monetär nicht bewertet werden:



Hochschule für Agrar- und Umweltpädagogik:

An der Hochschule für Agrar- und Umweltpädagogik wird das Thema Integration vor allem im Bachelorstudium Umweltpädagogik behandelt. Dies erfolgt in den Lehrveranstaltungen "Integrative Pädagogik und Gewaltprävention", "Umweltpädagogik" und "Beraten und Prozesse begleiten". Das Thema besitzt in den genannten Lehrveranstaltungen einen hohen Stellenwert und stößt bei den Studierenden auf großes Interesse. Es ist daran gedacht, die Thematik im Zuge von Bachelorarbeiten noch intensiver zu beforschen.

Weiters wird ein Projekt zum Thema Integration, das an einer Volksschule durchgeführt wurde, im Unterricht im 6. Semester Umweltpädagogik im kommenden Sommersemester fortgeführt.

Zudem führten drei Kolleginnen im vergangenen Studienjahr – ebenfalls im Bachelorstudium Umweltpädagogik – gemeinsam ein Projekt mit minderjährigen Asylwerbern aus Afghanistan durch, bei dem die Studierenden die Aufgabe hatten, Lehrveranstaltungsinhalte zielgruppengerecht zu gestalten und abschließend die Ergebnisse im Zuge eines Workshops gemeinsam mit den Asylwerbern umzusetzen. Darüber hinaus ist Integration systemimmanentes Thema im Universitätslehrgang Gartentherapie.

Höhere land- und forstwirtschaftliche Schulen (hlfs):

Im Rahmen von Weiterbildungsmaßnahmen für LehrerInnen gibt es auch Veranstaltungen zum Thema Integration. Im März 2012 findet eine Erzieherleitertagung zum Thema Jugendkulturen statt.

An den höheren land- und forstwirtschaftlichen Schulen finden Projekte zum Thema Integration statt, wie beispielsweise „Gewalt an Schulen“, „Stars“, „Sparkling Science“, Comeniusprojekte usw.

Projektbeispiel:

Gelebte Integration – hlfs Kematen (aus 2009):

„Wir passen alle unter einen Hut“ ist der Name eines Projektes, in dem SchülerInnen der hlfs Kematen in Zusammenarbeit mit der Sonderschule am Rosenhof in Hall i.T. Integration nicht als Schlagwort, sondern als persönliche Aufgabe sehen.

Jugendlichen, die ohne ihre Eltern alleine aus Kriegsgebieten geflüchtet sind, gibt die Sonderschule am Rosenhof die Chance, hier einen Bildungsabschluss zu erreichen und sich auf ein Berufsleben in Österreich vorzubereiten. Die Schülerinnen und Schüler der hfs Kematen bringen dabei ihre Fachkenntnisse ein und arbeiten gemeinsam mit den zum Teil schwer traumatisierten Jugendlichen. Gemeinsames Kochen, Verarbeiten diverser Milchprodukte, gemeinsames Essen und kreatives Gestalten stehen auf dem ambitionierten Plan, den die SchülerInnen im Unterrichtsgegenstand Projektmanagement ausgearbeitet haben und bei dem ihnen vor allem eines wichtig ist: Integration erfordert Denken und Tun, nicht nur Reden ...

Bereich Ländliche Entwicklung:

Im Rahmen der Förderung des ländlichen Raums werden Projekte unterstützt, die ebenfalls die Integration nachhaltig fördern.

Im Rahmen des Österreichischen Programms für die Entwicklung des ländlichen Raums 2007 – 2013 (Programm LE 07-13) ist in Kapitel 15 die „Gleichstellung von Männern und Frauen und Nichtdiskriminierung“ dargestellt:

Auszug aus dem Programmtext (S. 534):

„Sowohl bei der Erstellung des Österreichischen Programms für die Entwicklung des ländlichen Raums 2007-2013 als auch auf allen Stufen der Umsetzung des Programms gilt das Prinzip der Gleichbehandlung unabhängig von Geschlecht, der Hautfarbe, der ethnischen Herkunft, der Religion, der politischen oder sonstigen Anschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung.“

Beispiele von Projekten des Programms LE 07-13 mit Integrationsbezug:

- RIKK – Regionale Interkulturelle Kompetenz (Oberösterreich, Maßnahme Lernende Regionen)
- Interkulturelle Begegnungen (Burgenland, Maßnahme Lernende Regionen)
- Wir sind Tiroler (Tirol, Leader)

Projektbeispiel für Periode 2000-2006 (Tirol, Leader+):

Wettbewerb zum Thema Chancengleichheit:

2012 wird die Vernetzungsstelle des Programms LE 07-13 einen Wettbewerb zum Thema Chancengleichheit organisieren. Der Preis wird im Herbst 2012 im Rahmen der Jahrestagung der Vernetzungsstelle mit dem Schwerpunkt „gesellschaftliche Vielfalt“ verliehen.

EU-Nachhaltigkeitsstrategie:

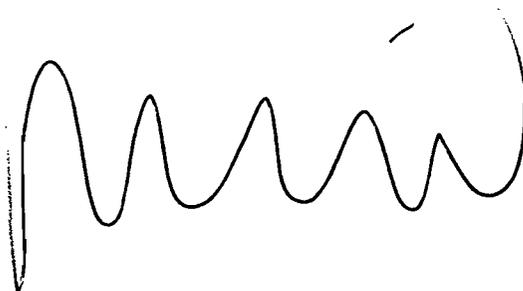
Im Rahmen der EU-Nachhaltigkeitsstrategie wurde in den vergangenen Jahren das Projekt „Schritt für Schritt – Partizipationsmöglichkeiten von MigrantInnen in Österreich“ durchgeführt.

In der erneuerten EU-Nachhaltigkeitsstrategie, die unter österreichischer EU-Präsidentschaft 2006 beschlossen wurde, wird nachhaltige Entwicklung erstmals explizit in Zusammenhang mit Migration gebracht. Als allgemeines Ziel wird dabei definiert: *„Schaffung einer sozial integrativen Gesellschaft durch Berücksichtigung der Solidarität zwischen und innerhalb von Generationen und Wahrung und Verbesserung der Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger als Voraussetzung für dauerhaftes individuelles Wohlergehen.“* Explizit erwähnt wird die Notwendigkeit von Maßnahmen zur besseren Integration von MigrantInnen und deren Familien. Ein wesentliches Element der besseren Integration ist die Einbindung von MigrantInnen in Beteiligungsprozesse auf lokaler/regionaler wie auch nationaler Ebene.

Zu den Fragen 3 und 4:

Nein.

Der Bundesminister:

A handwritten signature in black ink, consisting of a series of connected loops and curves, typical of a cursive signature.